

DEIN

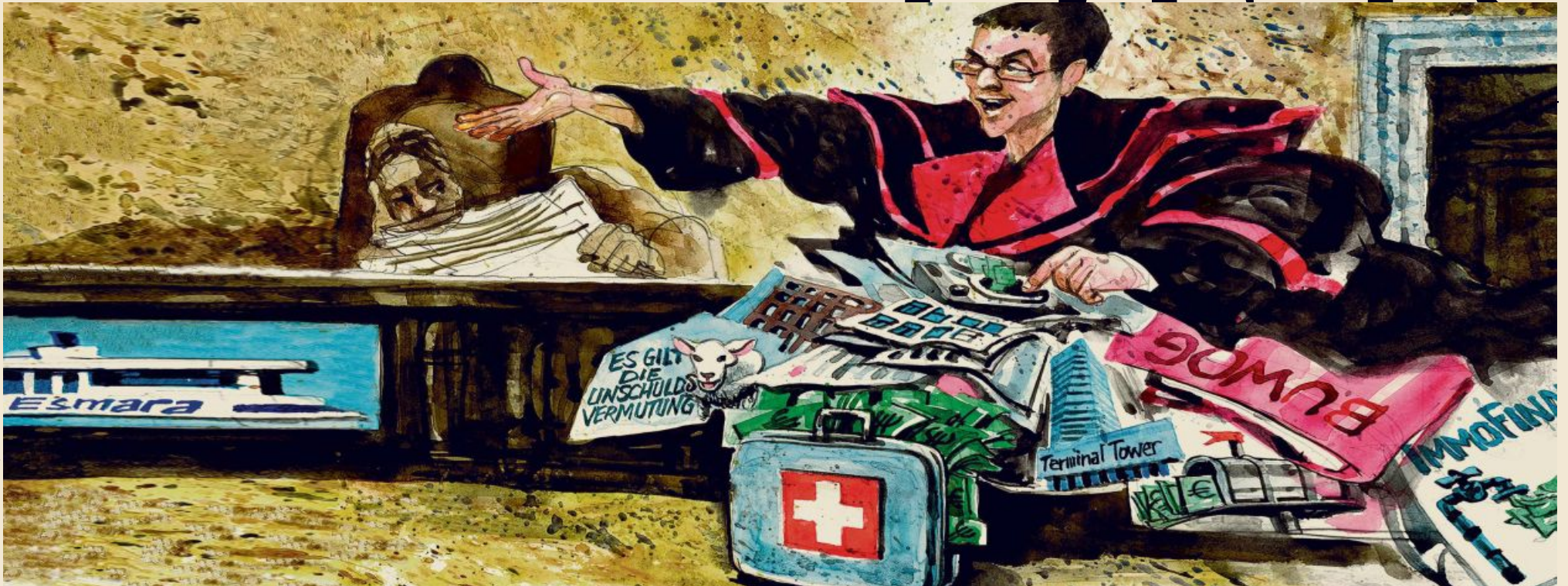


Illustration: Oliver Schopf

verwaltet, dann gehört das Zubringerkonto nicht Meischberger, sondern dem Minister. So sehen das die Ermittler. Nicht einmal die Schwiegermutter bestätigt Grassers Darstellung. Ansonsten verweigert sie die Aussage und wird ebenso wenig wie ihre Tochter Fiona Grasser als Zeugin geführt.

Für die Staatsanwaltschaft ist die Mandarin Group ein Missing Link zwischen Buwog-Provisionen und Grasser. Die neuen Erkenntnisse sorgen auch bei den Beschuldigten für größte Nervosität und hektische Betriebsamkeit.

Gefahren und „Lugurkunden“

Im Oktober 2009 tritt daher die schon bekannte Runde, bestehend aus Grasser, Meischberger, Plech und Anwalt Toifl, zusammen. Man müsse den „Sukkus der wirklichen Gefahren behandeln. Die Mandarin-Überweisung ebenso wie den Immobilienfonds“, hält Meischberger dazu in seinem Tagebuch fest. Toifl drückt sich in seiner Einvernahme am 15. März 2012 gemäß Protokoll, das dem STANDARD vorliegt, so aus: „Über die Mandarin bestand die Gefahr, dass durch die Justiz ein Zusammenhang zwischen Walter Meischberger und KHG hergestellt hätte werden können.“

Also „sind die Verträge zu ‚finden‘ und abzustimmen“, gibt Meischberger gemäß Tagebucheintragung die Richtung vor – was dabei herauskommt, nennt die Staatsanwaltschaft „Lugurkunden“ für „Verschleierungshandlungen“. Um die als gefährlich erachteten Verbindungen zu verwischen, seien unter anderem Kreditverträge für die 500.000 Euro erfunden worden, so der Vorwurf.

Eine der schrägsten Vertuschungsaktionen glaubt die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit einer Umdatierung eines Treuhandvertrags ausgegraben zu haben. Offenbar stammt Grassers Unterschrift darauf aus fremder

Feder. Damit die Fälschung nicht auffliegt, probt Grasser laut Justizbehörde vor seiner ersten Einvernahme die (gefälschte) Unterschrift.

Dabei kommt eine weitere Figur ins Spiel, die in der Causa von einiger Bedeutung ist: Norbert Wicki. Der Schweizer Treuhänder und Vermögensverwalter kümmert sich um die Geldangelegenheiten des jungen Finanzministers, der deshalb regelmäßig in der Schweiz weilt und auch bei Wickis Hochzeit dabei ist. Als die Causa auffliegt, hilft auch Wicki bei der Vertuschung mit, mittels Treuhandverträgen sollte suggeriert werden, dass Grassers Gelder dessen Schwiegermutter gehören. So sieht es die Anklagebehörde, die Toifl und Wicki nicht nur Beweismittelfälschung, sondern auch Geldwäscherei vorwirft. Wicki lebt übrigens nicht mehr in der Schweiz. Er ist mit Frau und Kindern nach Aserbaidschan ausgewandert, von wo er zum Prozess anreisen wird.

Steher und Umfaller

Was der bringen wird, lässt sich nicht vorhersagen. Klar ist nur, dass sich die Anklage auf Indizien stützt. Auf viele Indizien, die so oder so bewertet werden können. An der Schuld darf es im Falle einer Verurteilung nicht den geringsten Zweifel geben. Auch möglich, dass der Prozess einen echten Paukenschlag bringt. Etwa, indem ein Angeklagter umfällt oder ein Zeuge auspackt – so es etwas auszupacken gibt.

Die Unschuldsvermutung gilt natürlich auch in dieser Causa, zu der neben Buwog ein weiterer Komplex zählt. Es geht um ein Hochhaus am Linzer Bahnhof, in das sich oberösterreichische Finanz- und Zollbehörden einmieten. Errichtet wird der Terminal Tower von Porr und Raiffeisenlandesbank Oberösterreich unter bemerkenswerten Umständen. Letztlich fällt die Miete für

das Büro höher als ursprünglich ausgemacht aus, dafür fließen 200.000 Euro an Provisionen. Die Justiz sieht das gleiche Muster wie bei der Buwog: Plech, Meischberger, Hochegger und Grasser wählen jenen Vermieter für die Finanz aus, der sich erkenntlich erweist. Das bringt auch Porr- und Raiffeisen-Verantwortliche auf die Anklagebank. Bankchef Ludwig Scharinger ist nach einem Unfall allerdings verhandlungsunfähig.

Schwarz-Blau und Skandale

Die Buwog – ein Kriminalfall von besonderer Tragweite. Doch nicht nur das. Die Buwog, das ist auch ein Kapitel österreichischer Politik. Grasser steht auch stellvertretend für die ab 2000 regierende schwarz-blaue Koalition, deren Geburtshelfer Wolfgang Schüssel und Jörg Haider waren. In diese Periode fallen auch andere gerichtsanhängige Affären, wie die Ausschreibung des Behördenfunks Tetron oder der Telekom-Skandal (wenngleich der auch SPÖ-Stränge beinhaltet).

Die Grünen-Abgeordnete Gabriela Moser legt die Finger schon früh in schwarz-blaue Wunden, sie spielt bei der Aufdeckung des Buwog-Skandals eine wichtige Rolle. Sie erinnert sich.



Ex-Grünen-Abgeordnete G. Moser deckte auf.

STANDARD: Wie haben Sie recherchiert?

Moser: Ich habe ab 2000 parlamentarische Anfragen gestellt; und gut Informierte aus der

Wohnungswirtschaft haben mich bewegt weiterzutun. Insgesamt wurden es mehr als 30 Anfragen.

STANDARD: Warum hat es noch so lange gedauert, bis die Buwog-Causa aufflog?

Moser: Strafrechtlich Relevantes hatte ich vorher nicht in der Hand, auch im sehr kritischen Rechnungshofbericht 2007 war diesbezüglich nichts drin. Von den Provisionen hatten wir ja nicht gewusst. Für mich war die Buwog bis dahin ein weiteres Beispiel dafür, wie Republikvermögen verschleudert wird. Das lief in der Kategorie „Unvermögen und Privaten etwas zuschanzen“. Aber Unvermögen ist nicht kriminell.

Acht Jahre später gibt es eine rechtskräftige Anklage. Zur Verfahrensdauer tragen nicht nur die Beschuldigten bei, die alle erdenklichen Rechtsmittel einbringen, sondern auch die Justiz. Ihr unterlaufen immer wieder Pannen, etwa bei der Beschlagnahme von besonders geschützten Unterlagen von Rechtsanwälten. Der Strafsektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, räumt „vermeidbare Verzögerungen bei den Ermittlungen“ ein, die insgesamt rund ein Jahr gekostet hätten.

STANDARD: Warum hat das Verfahren so lang gedauert?

Pilnacek: Die Staatsanwaltschaft war sehr bemüht, sämtliche Beweise aufzunehmen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, vorschnell, allenfalls sogar aus politischen Motiven, Anklage zu erheben. Objektiv ist es eine sehr lange Verfahrensdauer, die aber ständig vom Bemühen getragen war, mit vielen Versuchen Geldflüssen nachzugehen, um den letzten Beweis zu finden.

STANDARD: Solche Beweise hat man aber nicht gefunden.

Pilnacek: Die Staatsanwaltschaft baut eine sehr dichte Kette von Ermittlungsergebnissen und Indizien auf. Der Rest ist Aufgabe des Gerichts.

STANDARD: Viele sagen, die Angeklagten seien selbst schuld an der Verfahrensdauer. Stimmt das?

Pilnacek: Es ist gut, dass die Verteidigung ihre Rechtsmittel hat. Es gab hier keine übertriebene Verzögerungstaktik.



Strafsektionschef C. Pilnacek räumt Pannen ein.

Hochaktive und hochbezahlte Anwälte, Pannen bei den Ermittlungen und der (vergebliche) Versuch, belastbare Beweise für lang zurückliegende Vorgänge zu finden, ziehen das Verfahren also bis heute in die Länge.

Dabei gibt es schon 2003, nach einer anonymen Anzeige, Ermittlungen rund um Grasser und Buwog. Der Vorwurf: Der Minister und Mitarbeiter hätten bei „diversen Staatsgeschäften“, etwa beim Buwog-Verkauf, abgesehen: „Hier ist einer am Werk, der schamlos in seine eigene Tasche arbeitet.“ Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung ermittelt gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt und kommt zu dem Schluss: Die erhobenen Vorwürfe seien „haltlos“.

Dann passiert so lange nichts, bis der Zufall die Geschichte der Buwog-Privatisierung neu schreibt.

Eine halbe Million Euro reist in Koffern durch Europa

Rechnungshof-U-Ausschusses vom November 2003 vor, das ihn entlasten soll. Schon damals sei das Verfahren zur Auswahl der Investmentbank, die die Privatisierung begleitete, geprüft worden. Ramprecht habe die Entscheidung für Lehman Brothers verteidigt.

JUNI 2010: Meischberger soll für seine Provision Steuerbefreiung beantragt haben, weil alle Vorgänge rund um die Buwog-Privati-

sierung steuerfrei gestellt worden seien.

JULI 2010: Gegen Grasser wird auch wegen des Verdachts auf Untreue bei der Auswahl der Investmentbank für den Buwog-Verkauf ermittelt. Grasser klagt Peter Pilz wegen übler Nachrede.

AUGUST 2010: Meischberger verteidigt sich in Sachen Buwog, er habe die Kaufsumme „nicht wissen, nur spüren“ können.

2. SEPTEMBER 2010: Grasser wird zur Causa Buwog und zu Novomatic-Zahlungen befragt und muss seine Konten offenlegen.

DEZEMBER 2010: Der „Falter“ enthüllt eine Abhöraktion der Justiz gegen den Buwog-Verdächtigen Meischberger.

JÄNNER 2011: Es wird bekannt, dass gegen Grasser ein Steuerverfahren anhängig ist, er Millionen in Stiftungen in Liechtenstein

geparkt und Selbstanzeige bei der Finanz eingebracht hat. Demnach hat er 18.000 Euro aus Wertpapiererträgen nicht korrekt versteuert.

FEBRUAR 2011: Grasser wird erneut von der Staatsanwaltschaft einvernommen.

APRIL 2011: In der Schweiz und in Liechtenstein finden weitere Hausdurchsuchungen zur Buwog-Affäre statt.

MAI 2011: Es wird bekannt, dass Grasser noch in seiner Zeit als Finanzminister 500.000 Euro in Koffern von der Schweiz nach Österreich geschafft haben soll. Er meint, dass er das Geld für seine Schwiegermutter auf ein Meinl-Bank-Konto eingezahlt und in Hypo-Alpe-Adria-Genussschein investiert hat. An mehreren Wohnorten Grassers finden Hausdurchsuchungen statt.

AUGUST 2011: Ein Lauschangriff der Ermittler gegen Grasser im Vorfeld seiner ersten Einvernahme im Herbst 2010 wird bekannt.

20. OKTOBER 2011: Im Nationalrat wird ein parlamentarischer U-Ausschuss zur Klärung der Korruptionsvorwürfe eingerichtet.

28. OKTOBER 2011: Der U-Ausschuss zu diversen Korruptionsaffären wird konstituiert, Moser wird Vorsitzende des Gremiums.